

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Eberhard Brecht, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Brigitte Adler, Robert Antretter, Ingrid Becker-Inglau, Rudolf Bindig, Anni Brandt-Elsweyer, Hans Büttner (Ingolstadt), Dr. Marliese Dobberthien, Freimut Duve, Gernot Erler, Elke Ferner, Gabriele Fograscher, Katrin Fuchs (Verl), Arne Fuhrmann, Monika Ganseforth, Norbert Gansel, Konrad Gilges, Uwe Göllner, Angelika Graf (Rosenheim), Klaus Hagemann, Christel Hanewinckel, Dr. Ingomar Hauchler, Dieter Heistermann, Gerd Höfer, Ingrid Holzhüter, Erwin Horn, Barbara Imhof, Gabriele Iwersen, Ernst Kastning, Siegrun Klemmer, Fritz Rudolf Körper, Walter Kolbow, Nicolette Kressl, Volker Kröning, Eckart Kuhlwein, Robert Leidinger, Christa Lörcher, Dorle Marx, Heide Mattischeck, Markus Meckel, Herbert Meißner, Ursula Mogg, Gerhard Neumann (Gotha), Dr. Edith Niehuis, Günter Oesinghaus, Manfred Opel, Kurt Palis, Georg Pfannenstern, Margot von Renesse, Günter Rixe, Reinhold Robbe, Marlene Rupprecht, Horst Schild, Dieter Schloten, Günter Schluckebier, Ulla Schmidt (Aachen), Dagmar Schmidt (Meschede) Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Dr. Mathias Schubert, Brigitte Schulte (Hameln), Ilse Schumann, Dr. R. Werner Schuster, Dr. Angelica Schwall-Düren, Lisa Seuster, Wieland Sorge, Wolfgang Spanier, Dr. Peter Struck, Uta Titze-Stecher, Adelheid Tröscher, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Hans Wallow, Hildegard Wester, Inge Wettig-Danielmeier, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Verena Wohleben, Hanna Wolf (München), Uta Zapf, Peter Zumkley, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Gert Weisskirchen (Wiesloch), Dr. Eberhard Brecht, Brigitte Adler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

– Drucksachen 13/5055, 13/6773 –

Reform der Vereinten Nationen

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Welt hat sich seit der Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen am 26. Juni 1945 grundlegend gewandelt. Die Entwicklung vom Ost-West-Konflikt zum Zeitalter der Globalisierung hat den Rahmen für die Arbeit der Vereinten Nationen und ihrer Unter- und Sonderorganisationen verändert und erweitert. Die Vereinten Nationen sehen sich einer zunehmenden Zahl regionaler Konflikte, neuer militärischer Gefahren und den Gefahren der Proliferation von Massenvernichtungswaffen gegenüber. Die wirtschaftliche Dynamik in einigen Weltregionen eröffnet zwar neue

Chancen; zugleich stellen die fortdauernde Armut in den vom Wachstum abgekoppelten großen Regionen der Welt sowie die anhaltende ökologische Bedrohung eine Herausforderung dar. Deshalb stellen sich den Vereinten Nationen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert zusätzliche Aufgaben sowohl auf der Ebene der regionalen bzw. globalen Friedenssicherung und der Vorbeugung von Konflikten als auch auf der Ebene multilateraler Wirtschafts-, Entwicklungs- und Sozialpolitik.

Der veränderten Aufgabenlage müssen sich Arbeit und Strukturen der Vereinten Nationen anpassen. Die Diskussion über Reformen der Weltorganisation, an der sich auch die Bundesrepublik Deutschland beteiligt, dauert bereits einige Jahre an. Zwar konnten erste Reformmaßnahmen umgesetzt werden, entscheidende Strukturveränderungen stehen aber nach wie vor aus. Deshalb sollte die Bundesregierung auch mit eigenen Initiativen eine tiefgreifende Umgestaltung der Strukturen und der Arbeit der Vereinten Nationen voranbringen.

I. Der Deutsche Bundestag

- bekräftigt erneut die Politik des Multilateralismus und begrüßt das Bekenntnis der Bundesregierung zur weltpolitischen Bedeutung der Vereinten Nationen als der einzig universalen Institution;
- unterstreicht den auch von der Bundesregierung beschworenen parteiübergreifenden Konsens in zentralen Fragen der deutschen Politik in der Weltorganisation und den Reformvorstellungen über die Vereinten Nationen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf, Schritte einzuleiten, um in wesentlichen Fragen der Reform der Vereinten Nationen unverzüglich zu konkreten Beschlüssen zu kommen. Sie soll insbesondere

- sich für eine grundlegende politische und rechtliche Neubelebung der Generalversammlung in der Weise einsetzen, daß ihre subsidiären Handlungsrechte auf dem Gebiet der Friedenssicherung gestärkt werden, daß die Befugnis zur Genehmigung des Haushalts und zur Beitragsfestsetzung wiederhergestellt und die Berichtspflicht des Sicherheitsrates verbessert wird;
- sich für einen sowohl effizienteren als auch die Nationen der Welt sowie ihre Regionen besser repräsentierenden Sicherheitsrat einsetzen und darauf hinwirken, daß er sich mehr und mehr von einem beratenden zu einem tatsächlich handelnden Organ entwickelt;
- an der Fortsetzung der Sekretariatsreformen durch den amtierenden Generalsekretär mitwirken, indem sie die begonnene Managementreform und die Reorganisation der Sekretariatsfunktionen im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Tätigkeiten unterstützt sowie

dafür eintritt, daß Sparmaßnahmen allein der verbesserten Handlungsfähigkeit der Administration dienen;

- konkrete eigene Vorschläge zur dauerhaften Sicherung der Finanzierung der Vereinten Nationen mit dem Ziel vorlegen, den Gesamtumfang des Haushalts vorläufig auf dem Niveau des realen Nullwachstums der Vereinten Nationen zu halten und nicht noch weiter abzusenken, die Erschließung zusätzlicher Finanzquellen wohlwollend zu prüfen, die Abhängigkeit der Weltorganisation von großen Beiträgen einzelner Mitglieder zu verringern, sowie die USA drängen, daß diese ihre Beiträge den Vorschriften entsprechend vollständig entrichten;
- über die bisherigen Zusagen einer zivilen Komponente hinaus gemäß der Ankündigung des Bundesministers des Auswärtigen im Jahre 1995 einen deutschen Beitrag für Stand-by-Truppenkontingente der Vereinten Nationen vorsehen und dem Deutschen Bundestag ein Konzept für eine Politik der Vereinten Nationen zur Friedenskonsolidierung vorlegen;
- in Anlehnung an die von den nordischen und anderen Staaten gebildete SHIRBRIG (U.N. Stand-by High Readiness Brigade) ein Konzept entwickeln, das langfristig den Aufbau einer ständigen Eingreiftruppe (stand-by-force) der Vereinten Nationen vorsieht;
- von unilateralen Austritten aus Unter- und Sonderorganisationen der Vereinten Nationen absehen und statt dessen auf Reformen setzen, die in begründeten Einzelfällen auch eine Zusammenlegung von Unterorganen, Sonderorganisationen und Programmen zur Folge haben können;
- für eine Stärkung weltweiter Rechtsstaatlichkeit eintreten, indem sie die Anerkennung der Jurisdiktion des Internationalen Gerichtshofs durch die Bundesrepublik Deutschland erklärt und die baldige Einrichtung eines ständigen internationalen Strafgerichtshofs mit allen Mitteln vorantreibt;
- im Rahmen der Weltkonferenzen der Vereinten Nationen eingegangene Verpflichtungen und Zusagen umgehend innerdeutsch umsetzen und dem Deutschen Bundestag über diese Umsetzung in angemessenen Abständen Bericht erstatten;
- die Ausschüsse der Vereinten Nationen mit Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten sowie mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausstatten;
- dem Deutschen Bundestag einen konkreten Maßnahmenkatalog zur Frauenförderung durch die Bundesrepublik Deutschland vorlegen und insbesondere dafür Sorge tragen, daß die von ihr mitunterzeichnete Verpflichtung der Aktionsplattform der 4. Weltfrauenkonferenz eingehalten wird, den Anteil der Frauen in Führungspositionen der Ver-

- einten Nationen bis zum Jahre 2000 auf 50 Prozent zu steigern;
- einen konkreten Maßnahmenkatalog zur systematischen Einbeziehung der Nichtregierungsorganisationen in die deutsche VN-Politik sowie in die Organe und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen vorlegen, wozu auch gehört, daß die Arbeit der Foren von Nichtregierungsorganisationen bei den Weltkonferenzen der Vereinten Nationen nicht durch die gastgebenden Staaten behindert wird;
 - ein Konzept der globalen Entwicklungspartnerschaft als Grundlage der VN-Entwicklungszusammenarbeit entwickeln, in dem die VN-Mitgliedsländer ihre Außenwirtschafts-, Landwirtschafts-, Umwelt- und Entwicklungspolitik so ausrichten, daß die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte abgebaut werden, und in diesem Zusammenhang das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) weiter ausbauen und die Zusammenarbeit mit den internationalen Entwicklungsbanken vorantreiben;
 - konkrete Schritte einleiten, damit im Rahmen der zuständigen Einrichtungen der Vereinten Nationen Vereinbarungen über ökologische Mindeststandards getroffen werden, um damit die weitere Natur- und Umweltzerstörung aufzuhalten sowie ein Umweltdumping auf Kosten der Ärmsten und zukünftigen Generationen zu verhindern. Insbesondere sollten den Vereinten Nationen erweiterte Kompetenzen übertragen werden, damit die globalen Umweltprobleme bearbeitet werden können;
 - mit allem Nachdruck und allen zu Gebote stehenden Mitteln dafür eintreten, daß im Zuge der Reform der Vereinten Nationen das VN-Kinderhilfswerk UNICEF nicht aufgelöst wird oder seine Eigenständigkeit verliert. Die Reform der Vereinten Nationen darf kein Anlaß sein, UNICEF aufzulösen oder durch Integration in andere VN-Einrichtungen seiner Wirksamkeit zu berauben.

Bonn, den 11. Juni 1997

Dr. Eberhard Brecht
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Brigitte Adler
Robert Antretter
Ingrid Becker-Inglau
Rudolf Bindig
Anni Brandt-Elsweiler
Hans Büttner (Ingolstadt)
Dr. Marliese Dobberthien
Freimut Duve
Gernot Erler
Elke Ferner

Gabriele Fograscher
Katrin Fuchs (Verl)
Arne Fuhrmann
Monika Ganseforth
Norbert Gansel
Konrad Gilges
Uwe Göllner
Angelika Graf (Rosenheim)
Klaus Hagemann
Christel Hanewinkel
Dr. Ingomar Hauchler
Dieter Heistermann

Gerd Höfer
Ingrid Holzhüter
Erwin Horn
Barbara Imhof
Gabriele Iwersen
Ernst Kastning
Siegrun Klemmer
Fritz Rudolf Körper
Walter Kolbow
Nicolette Kressl
Volker Kröning
Eckart Kuhlwein
Robert Leidinger
Christa Lörcher
Dorle Marx
Heide Mattischeck
Markus Meckel
Herbert Meißner
Ursula Mogg
Gerhard Neumann (Gotha)
Dr. Edith Niehuis
Günter Oesinghaus
Manfred Opel
Kurt Palis
Georg Pfannenstein
Margot von Renesse
Günter Rixe
Reinhold Robbe

Marlene Rupprecht
Horst Schild
Dieter Schloten
Günter Schluckebier
Ulla Schmidt (Aachen)
Dagmar Schmidt (Meschede)
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Dr. Mathias Schubert
Brigitte Schulte (Hamelnd)
Ilse Schumann
Dr. R. Werner Schuster
Dr. Angelica Schwall-Düren
Lisa Seuster
Wieland Sorge
Wolfgang Spanier
Dr. Peter Struck
Uta Titze-Stecher
Adelheid Tröscher
Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Hans Wallow
Hildegard Wester
Inge Wettig-Danielmeier
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Verena Wohlleben
Hanna Wolf (München)
Uta Zapf
Peter Zumkley
Rudolf Scharping und Fraktion

